



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 835 890

P/XV/200 - 2. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Diplomatie und Entwicklungshilfe</u> Bisherige Fehlleistungen - Zu den Reorganisationsplänen des AA	63
3 - 4	<u>Das Heimatrecht und die "Times"</u> Notwendige Bemerkungen zu einem Artikel der "Times" Von Richard Reitzner, MdB	64
5	<u>Vor de Gaulles Pressekonferenz</u> Entscheidungen werden erwartet Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	31
6	<u>Jetzt mehr denn je: Berliner Kindern helfen!</u> Fünfte Fernsehlotterie des Nord- und Westdeutschen Rundfunks	42
7 - 8	<u>Zur Dokumentation</u> <u>Nochmals: Diplomatie wie sie nicht sein soll</u> Am Beispiel des Bundespressechefs	112

* * *
* * *

Diplomatie und Entwicklungshilfe

sp - Die Entwicklungshilfe der Bundesregierung liegt im Argen. In der Koblenzerstrasse ist man gezwungen, zu einer Reorganisation des Referates zu schreiten, das bisher die deutschen amtlichen Hilfsaktionen für unterentwickelte Länder betreute. Man denkt u.a. daran, aus dem Referat eine Abteilung des AA zu machen. Allerdings malen nicht nur Gottes Mühlen langsam - schon über einem Jahr lagen Reorganisationspläne vor, aber erst ein Wechsel in der Referatsleitung führte dazu, dass aus ihnen mehr als das übliche Büro zu Büro wandernde Aktenpapier wurde. Jetzt hat jedoch auch einer der treuen Vasallen des Bundeskanzlers, der Kieler Ministerpräsident von Hassel, nach einem Besuch Afrikas erkannt, dass es so nicht weiter geht. Von Hassel fordert nicht mehr und nicht weniger als die Gründung einer selbständigen "Bundesgesellschaft für Entwicklungshilfe".

Weder Herr von Hassel noch die regierungsgebundene Presse vertreten jedoch, dass hier eine alte sozialdemokratische Idee aufgegriffen wird. Es war die deutsche Sozialdemokratie, die vor Jahren, als man zum ersten Male an eine deutsche Hilfe für Entwicklungsländer dachte, eine autonome gemeinnützige Gesellschaft für diese Hilfe forderte. Natürlich wurde der Vorschlag sowohl im Bundeshaus wie in der Koblenzerstraße strikt abgelehnt. Man fügte den vielen Büros im Auswärtigen Amt ein Referat der Entwicklungsländer zu, unter einem Mann ohne jede Auslandserfahrung. Seitdem wurde in Bonn die Entwicklungshilfe zu einem bürokratischen Schachspiel. Ständige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ministerien über die "Federführung" waren die Regel, Mitarbeit von aussen war unerwünscht.

Nimmt man hinzu, dass die bundesdeutschen Vertretungen in den unterentwickelten Ländern meist mit typischen alten Herren besetzt waren, denen die Wahrung oder Wiederherstellung der "alten kaiserlichen Traditionen" mehr zusagte als ein Verständnis für die neue Welt der nach Selbständigkeit dürstenden oder gerade frei gewordenen ehemaligen Kolonialländer, so begreift man, dass hier Millionen unsinnig ausgegeben wurden, weil man den Plan der Opposition abgelehnt hatte. Wenn die namhaftesten Unternehmungen der deutschen Wirtschaft vorzogen,

in den jungen Staaten direkt und ohne Zusammenarbeit mit der deutschen Vertretung vorzugehen, wenn ausgezeichnete deutsche Sachverständige einen Kontrakt mit den nordamerikanischen oder UNESCO-Organen in den minderentwickelten Ländern dem Dienst für das AA bzw. seinem Entwicklungsreferat vorzogen, so besagt das sehr viel.

Die Notwendigkeit einer gewissen gegenseitigen Abstimmung von Aussenpolitik und Wirtschaftshilfe soll hier nicht bestritten werden. Aber die Hilfe für Entwicklungsländer birgt heute mehr den je heikle Probleme in sich. Nicht nur der Versuch des sowjetischen Ostens, aus ihr eine Waffe gegen den Westen zu machen, kann zu Fehlleitungen führen. Auch die Zusagen der Bundesregierung gegenüber den NATO-Verbündeten, die als frühere und noch gegenwärtige Kolonialherren unbeliebt sind, führen die Bonner Diplomatie - oft aus reinen Prestige Gründen eines sich zu der alten Aristokratie rechnenden Botschafters - dazu, sich den Interessen dieser Verbündeten und ihrer Diplomatie in traditioneller schematischer Weise anzupassen, oft zum Schaden der deutschen Entwicklungshilfe.

Alle diese Umstände fordern geradezu gebieterisch eine möglichst weitgehende Reform der Entwicklungshilfe. Damit stellt sich allerdings auch die Frage, wie eine gesonderte Gesellschaft für Entwicklungshilfe zusammensetzen ist, wie sie aussehen soll. Die Wahl des Namens "Bundesgesellschaft" durch den holsteinischen Sekundanten des Bundeskanzlers verdient Misstrauen. Die Aufgabe darf nicht sein, ein neues millionenschweres Instrument für die eigenwilligen Pläne und Einfälle des Bundeskanzlers zu schaffen. Noch weniger darf aus der Entwicklungshilfe eine neue Hintertür für CDU-Wahlpropaganda werden. Es gilt eine Institution zu schaffen, die frei und energisch genug ist, einen sauberen deutschen Standpunkt herauszuarbeiten, der das Vertrauen der Entwicklungsländer erlangen kann. Nicht das Prestige einer Diplomatie, sondern der Ruf Deutschlands als ehrlicher Helfer ist zu wahren.

Das Heimatrecht und die "Times"

Von Richard Reitzner, MdB

Die "Times", das sehr angesehene englische Blatt, hatte wieder einmal scharfe Kritik an den Vertriebenen, weil diese die Rückkehr in ihre Heimat anstreben. Der Rückkehrwille der Vertriebenen wird von der "Times" eine irredentistische Forderung genannt. Anscheinend ist dem Berichtersteller der "Times" der Begriff "Irredenta" nicht ganz klar. Für die Masse der Uneingeweihten bedeutet Irredenta "troublemaker" (Unruhestifter), Irredenta ist das Bestreben nationaler Minderheiten nach staatlicher Lostrennung von dem Lande, in dem sie wohnen, um sich an ein stammverwandtes Nachbarland anzuschließen. Irredenta stammt von der Bezeichnung Italia irredenta, das unerlöste Italien. Dieser Ausdruck wurde bis 1918 in Italien für die von Italienern bewohnten Gebiete der Österreich-ungarischen Monarchie gebraucht. Der Anspruch der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat kann also nicht als irredentistisch bezeichnet werden. Das ist irreführend. Heimatrecht ist ein legitimes Recht.

Wenn man sich allerdings die Terminologie der "Times" ansehen macht, dann könnte die Forderung der "Times" im Jahre 1938 in dem sensationellen Artikel "Nürnberg und Aussig" (7.9.1938) als Irredenta bezeichnet werden. Die "Times" hatte damals das volle Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen gefordert. Die Forderung der "Times" war Ernüchterung und Musik in den Ohren der damaligen Beherrscher Deutschlands. Am 15. September hat der sudetendeutsche Gauleiter, Konrad Henlein, die Forderung prompt aufgenommen und erklärt: Wir wollen heim ins Reich! Am 15. September war auch Chamberlain in Berchtesgaden mit Hitler beisammen und bereits entschlossen, in der Sudetenfrage Hitlers Forderungen nachzugeben. Dass Adolf Hitler am 12. September auf dem Nürnberger Parteitag seine bekannte Hass- und Rachede hielt, muss in diesem ganzen Zusammenhang gesehen werden. Dadurch wurden die verzweifelten Anstrengungen der sudetendeutschen Sozialdemokraten und die Bemühungen der Autonomisten nach einer autonomistischen und friedlichen Lösung endgültig zerstört. Damals haben sich auch offizielle Kreise zusammen mit der "Times" die Version der Henleinleute aufdrängen lassen, daß es zwischen Tschechen

und Sudetendeutschen kein friedliches Zusammenleben mehr gäbe.

Die kurzfristigen gefährlichen Prognosen der "Times" aber fanden ihren Höhepunkt in einem jubilanten Artikel vom 20.9. 1938, in dem gesagt wurde, dass die in Aussicht genommenen Änderungen der Friedensverträge das Prinzip der friedlichen Chance illustrieren und verstärken und - so sagte die "Times" weiter - "kann man in der Tat ohne Übertreibung sagen, daß die gesamte Zukunft der zivilisatorischen Entwicklung davon abhängig ist. Die tschechische Regierung sollte einsehen, daß sie die Gewinnerin ist, weil sie dadurch einen einheitlichen Staat erhält."

Diese Augenblicksillusion der "Times" hat sich auch der damalige tschechoslowakische Staatspräsident, Dr. Benesch, in seiner Abschiedsbotschaft vom 5.10. 1938 zu eigen gemacht. Er erklärt: "Wir werden nun einen nationalen Staat haben, es wird ein Land der Tschechen und Slowaken sein, wie es die Entwicklung des Nationalitätenprinzips ergibt. Darin wird die grosse Stärke unseres Landes und des ganzen tschechoslowakischen Volkes liegen. Es wird ihnen eine grössere Leistungsfähigkeit und eine stärkere moralische Basis geben, als sie zuvor hatten."

Leider ist es so gewesen, daß in der britischen Politik nicht selten zentraleuropäische Probleme abwechselnd durch slawische oder grossdeutsche Brillen gesehen wurden. Auf diesem Hintergrund vollzog sich auch in der britischen Politik der Weg nach München. Jetzt scheint die "Times" von Gewissenbissen geplagt zu sein. Sie sollte aber die Kirche im Dorfe lassen und die berechtigten, massvollen und friedlichen Forderungen der Vertriebenen nach Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht so sehen, wie sie auch von der Mehrheit der Oberschlesier gemeint sind, nämlich keine Vergeltung, sondern friedliche Lösungen, Anerkennung des vollen Lebensrechtes der Polen, Tschechen und Slowaken, gleichberechtigtes Neben- und Miteinanderleben der Deutschen und der Westslawen.

Vor de Gaulles Pressekonferenz

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

General de Gaulle hält am 5. September eine Pressekonferenz, von der man eine entscheidende Wende für Algerien erwartet. Es ist dies die dritte Pressekonferenz des Generals seit seiner Rückkehr an die Macht, was man als Zeichen der außergewöhnlichen Bedeutung der erwarteten öffentlichen Stellungnahme betrachtet. Ein weiteres untrügbares Zeichen sind verschiedene Maßnahmen der Militärbehörden, wie z.B. die Ausweisung von den französischen Persönlichkeiten aus Algerien und das Verbot für andere "Ultras", sich gegenwärtig von Frankreich nach Algerien zurückzubegeben. Auch die Inspektionsreise des Verteidigungsministers Mesmer nach Algerien hängt mit der bevorstehenden Erklärung de Gaulles zusammen.

Seit einigen Jahren unternimmt Frankreich regelmäßig im September - am Vorabend der UNO-Tagung - Schritte zur Lösung des Algerienproblems, um eine Intervention der Vereinten Nationen zu verhindern. Im vorigen Jahr war es die erstmalige Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes der Algerier, die große Hoffnungen weckte, die sich allerdings nicht erfüllt haben. In diesem Jahr wird man einen Schritt weitergehen müssen, denn die FLN fordert seit einigen Wochen eine Volksabstimmung unter UNO-Kontrolle und kann dabei auf breite afrikanische, asiatische, und vielleicht auch amerikanische Unterstützung zählen. Vor allem das Gewicht der neuen afrikanischen Staaten ist dabei entscheidend.

Wird de Gaulle diesmal von der Gründung eines "algerischen Staates" sprechen, wie es nach bisher nicht dementierten Gerüchten in Algier und Tunis heißt, die auch im Pariser "Figaro" wiedergegeben wurden, und bereits den Zorn der französischen "Ultras" erregten?

Ein rechtsgerichteter Abgeordneter hat den Premierminister Débre aufgefordert, die Gerüchte zu dementieren, nach welchen es in letzter Zeit wieder zu offiziellen Kontakten mit der FLN gekommen sei; er erhielt aber keine Antwort. Die "Front für Französisch-Algerien" (FAF) hat bereits mit einer Protestkampagne begonnen, ist aber in der Defensive, umso mehr, als gerade jetzt der Prozeß gegen die Teilnehmer des faschistischen Januar Aufstandes stattfindet.

Auf der anderen Seite wächst der Druck der nach Frieden strebenden öffentlichen Meinung. Der 5. September 1960 wird zweifellos ein entscheidendes Datum für Algerien, für Frankreich und vielleicht für den internationalen Frieden.

Jetzt mehr denn je: Berliner Kindern helfen!

rh.- Mit einer Auftaktsendung im Abendprogramm des Deutschen Fernsehens am 3. September unter dem Titel "Reise, Rast und duftige Blüten" (Manuskript, Texte und Musik: Klaus Günter Neumann und Max Wegner) wird zum fünften Mal vom Nord- und Westdeutschen Rundfunkverband unter dem Motto "Ein Platz an der Sonne" die Deutsche Fernsehlotterie für die Berliner Kinder gestartet. Seit 1956 hat diese Lotterie beachtliche Summen aufgebracht, die der Stiftung "Hilfswerk Berlin" zugeflossen sind und es ihr ermöglichten, jährlich 40 000 Berliner Kindern einen Ferienaufenthalt zu verschaffen. Ausserdem konnte das "Hilfswerk Berlin" in den beiden letzten Jahren 2000 alten und einsamen Menschen eine Erholung im Harz, Weserbergland und anderswo vermitteln und das Familien-Ferierendort Madenberg in Lindenberg/Allgäu seiner Bestimmung übergeben (für etwa 1000 Berliner Familien jährlich) werden. Die bisherigen Fernsehlotterien haben 14 Millionen DM eingebracht, davon allein im letzten Jahr sechs Millionen DM. Die Fernsehlotterie 1960 soll für 50 000 erholungsbedürftige Berliner Kinder (von rund 250 000 Kindern in Berlin) die Mittel für einen Ferienaufenthalt aufbringen.

Die Lotterie wird vom 5. September bis zum 3. Oktober veranstaltet. In der Tagesschau des Deutschen Fernsehens werden bis zum 2. Oktober 34 Kurzfilme die Fernseher auffordern, sich mit einer Spende von fünf DM an der Lotterie zu beteiligen. Die Deutsche Bundespost hat in allen Postämtern drei Millionen Zahlkarten der Lotterie bereitgestellt und 14.000 Plakate ausgehängt, die für die Lotterie werben. Der Gutschriftabschnitt der Zahlkarte mit genauer, leserlicher Anschrift (Postscheckkonto Hamburg 100 000) dient als Los für die öffentliche Ziehung, die am 30. Oktober stattfindet. Als Hauptgewinne sind 50 Autos (der Produktion 1960) sowie 50 Reisen in alle Welt (stets für zwei Personen) vorgesehen, darunter 21-Tage-Reisen nach Kanada, den USA, Südafrika und Australien.

Die seit 1949 so erfolgreiche Tätigkeit des "Hilfswerk Berlin", das von den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege gegründet wurde, hat der Deutschen Fernsehlotterie die Werbung wesentlich erleichtert. Dafür sprechen die ansteigenden Erträge der Lotterie: 1956 - 2 Millionen, 1957 - 2,8 Millionen, 1958 - 3,2 Millionen und 1959 - 6 Millionen DM. Neben der Ferienhilfe für die Berliner Kinder erzielt das jetzt ganzjährig aufnahmebereite Familien-Ferierendort Madenberg eine besondere soziale Wirkung. Jeweils 74 Berliner Familien mit Kindern (Einkommenshöchstgrenze 600 DM) können für drei Wochen ein Ferienhäuschen für 5 DM täglich benutzen, erhalten die Hin- und Rückreise bezahlt und bekommen ein Taschengeld von 50 DM. Durch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Berlin werden nur solche Familien mit Kindern ausgesucht, die aus eigener wirtschaftlicher Kraft niemals gemeinsam verreisen könnten.

+ + +

zur Dokumentation

Nochmals: Diplomatie, wie sie nicht sein soll

Am Beispiel des Bundespressechefs ...

"Als reine Erfindung bezeichneten am Dienstag Bonner Regierungskreise die Unterstellung des SPD-Pressedienstes, Bundespressechef von Eckardt habe bei seinem USA-Besuch die Amerikaner darüber informieren wollen, daß Stevenson kein erwünschter Außenminister der USA sein würde. Der Bundespressechef, so wurde betont, sei erfahren genug, eine solche Taktlosigkeit nicht zu begehen. Er habe sich zu niemanden und keiner Seite gegenüber zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen geäußert. Im übrigen müsse vermutet werden, daß hinter der Verleumdung eine bewußt gesteuerte Aktion stehe."

dpa 255 2100 30/8/60 ka

+

"Westdeutschlands Kanzler Konrad Adenauer sei, so berichtete ein Besucher, 'total beschäftigt' mit der Möglichkeit, daß Stevenson der nächste Außenminister werden und eine 'weiche' Berlin-Politik treiben könnte. Bedrängt von Argwohn sandte Adenauer vor vierzehn Tagen seinen Pressechef, Felix von Eckardt, in die USA, um Adlais Chancen zu ergründen. (Eckardts Schlußfolgerung nach Kontakten mit Kennedy, Stevenson, dem früheren New Yorker Gouverneur Averell Harriman und 'nach Gebrauch meiner Ohren, nicht meines Mundes': Niemand weiß im Augenblick etwas Genaues)".

"Time" / 13. August 1960

+

Washington wird böse

"Die initiativen Versuche, die vom Bonner Regierungslager aus zur Verhinderung der Möglichkeit einer Berufung des demokratischen Politikers Stevenson zum Außenminister in einer eventuellen neuen USA-Regierung Kennedy unternommen werden, haben in amerikanischen Regierungs- und sonstigen politischen Kreisen beider Parteien großen Unwillen ausgelöst, wurde am Dienstag in Bonn aus US-Quellen bekannt. Die Kritik richtet sich eindeutig gegen den "Wahlbeobachtungs"-Besuch des Adenauer-Pressechefs von Eckardt, der in Washington unter dieser Kennmarke als unnötig bezeichnet wird, weil das der Bundesbotschaft in Washington zur Verfügung stehende Personal durchaus ausreiche, um die Bundesregierung über die amerikanische Wahlkampfsituation zu unterrichten. Die Kritik entwickelte sich inzwischen aber zur offenen Mißbilligung dieser Art von Unternehmen, als durch die übliche Indiskretion bekannt wurde, daß Adenauer tatsächlich sein Mißfallen über eine eventuelle Berufung des ihm persönlich und politisch mißliebigen Stevenson sozusagen vorsorglich zur Kenntnis bringen ließ ... Indigniert wurde in Washington abschließend betont, daß Adenauer und von Eckardt mehr als voreilig agierten, weil bisher weder Kennedy noch Stevenson eine Erklärung zu der Frage abgegeben hätten, ob Stevenson tatsächlich Außenminister in einem Kennedy-Kabinettt werden würde. Auf keinen Fall aber würde in Washington daran gedacht, die Zusammensetzung der neuen US-Regierung vorher von Bonn oder irgendeinem anderen Staat der freien Welt billigen zu lassen."

"PPP", Parlamentarisch-Politischer Pressedienst,
24. August 1960

+

"Die zweite Wahlkundschafter-Reise des Bundespressechefs von Eckardt nach den USA, die ursprünglich noch in diesem Herbst vorsichgehen sollte, wird entweder verschoben oder gar nicht stattfinden. Der Grund liegt darin, daß man sich im State Department in Washington erstaunt gezeigt hat über das Interesse, mit dem Bonn nicht nur die Chancen der beiden amerikanischen Parteien abwägt, sondern auch Einfluß auf die Personalpolitik des künftigen US-Präsidenten nehmen möchte. Es ist ein offenes Geheimnis in Washington, daß die deutschen Erkundungen lediglich der Person Adlai Stevenson sowie der Frage gelten, ob Kennedy ihn zu seinem mutmaßlichen Aus-

2. September 1960

senminister machen wird. Bedenken gegen Stevenson, so meint man in Washington, könnten auch von der offiziellen deutschen Mission vorgebracht werden, sobald es sicher ist, daß a) Kennedy Präsident wird und er b) Stevenson zu seinem Außenminister machen möchte."

"Wirtschaft und Sozialpolitik",
Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft,
29. August 1960

+

Hessischer RF (Fechel, Washington): Zum Besuch von Staatssekretär von Eckardt in den USA:

"Es geschieht in diesen Tagen, daß im State Department die Stirnen leicht gerunzelt und die Augenbrauen hochgezogen werden, wenn man von Bonn spricht. Diese Gesten verraten zunächst eher Erstaunen als Tadel. Das Erstaunen gilt dem ungewöhnlich intensiven Interesse, das gewisse höchste Bonner Regierungsstellen einzelnen Aspekten des amerikanischen Wahlkampfes entgegenbringen. - Amerika horcht in diesen Wochen angestrengt nach innen auf die noch unklaren und nicht ausgegorenen Regungen des eigenen Volkes. Es empfindet es als etwas indiskret, fast als eine Art unangebrachter Schnüffelei, wenn eine verbündete Regierung, die immerhin eine Botschaft von der Stärke einer Kompagnie in Washington unterhält, einen hochgestellten Beobachter entsendet, der gewissermaßen an Ort und Stelle mithören soll. Aber weder die Popularität des Bundeskanzlers noch die Wertschätzung, die man seinem Sonderbotschafter entgegenbringt, können es verhindern, daß das Erstaunen in Mißbilligung umschlägt, wenn nicht nur mitgehört, sondern auch außerdem versucht wird, die Personalpolitik eines amerikanischen Präsidentschaftskandidaten zu beeinflussen."

+

"Aber es ist in amerikanischen Augen seltsam, wenn eine verbündete Regierung ihr Interesse an innenpolitischen Vorgängen so weit bekundet, daß sie einen Sonderbotschafter an den Ort des republikanischen Parteikonvents entsendet oder ihn zum Gespräch mit dem Hauptkandidaten der Opposition reisen läßt, wie es der von seiner New Yorker Tätigkeit her als taktvoll in Erinnerung gebliebene Staatssekretär Felix von Eckardt in Chicago und bei Senator Kennedy in New York tat. Auf amerikanischer Seite hat man die Begründung für das "Informationsgespräch" nicht als stichhaltig empfunden; die Mission des Staatssekretärs wirkte hier in Amerika vielmehr als Ausdruck eines fast unsicheren Fastens, einer offen ausgedrückten Sorge, wie Nixon oder Kennedy das Verhältnis zur Bundesrepublik entwickeln würden. Und als es nicht gelang, die Reserven des Bundeskanzlers gegenüber der möglichen (mittlerweile durchaus ungewissen) Ernennung Adlai Stevensons zum Außenminister in einer Regierung Kennedy der Öffentlichkeit vorzuenthalten, sondern diese Sorgen in zwei amerikanischen Zeitschriften gedruckt standen, hörte man von sonst durchaus treuen Freunden Bonns das Wort: "Taktlos".

"Frankfurter Allgemeine"
Zeitung für Deutschland,
30. August 1960

+

Frage: Warum ließ Staatssekretär von Eckardt nicht die oben zitierten Äußerungen, die weitaus schärfer sind als der von ihm als Verleumdung bezeichnete Artikel im SPD-Pressedienst vom 30. August 1960, dementieren?

+ + +